



DL21

#leftlessons

#leftlessons Staffel 2, Nr.6 – Vorbereitung

Es ist Zeit für Rüstungskonversion – endlich Produktion für den Frieden!

Mit Arno Gottschalk, MdBB

Arno Gottschalk ist seit 2011 sozialdemokratischer Abgeordneter in der Bremischen Bürgerschaft. Er studierte Wirtschaftswissenschaften in Marburg und Bremen und arbeitet für den Verbraucherschutz. Der öko-soziale Strukturwandel, nachhaltige Finanzbeziehungen und das Verbot von Atom-Transporten durch Bremerhaven sind Akzente seines Engagements. Wir wollen von ihm erfahren und mit ihm diskutieren:

- Welche Rüstungsprojekte sind für die hiesige Industrie besonders relevant?
- Welche Bereiche der Industrie und welche Firmen sind davon erfasst? Wie viele Beschäftigte betrifft das?
- Welche Alternativen für die Produktion sind in diesen Bereichen denkbar?
- Welche industriepolitischen Schritte sind erforderlich, um gegen die Rüstungsindustrie zivile Bedarfsorientierung zu stärken?
- Wie hängen ziviler und sozial-ökologischer Strukturwandel zusammen?
- Welche Veränderungen der Mitbestimmung sollten so einen Prozess gesetzlich flankieren?
- Welche Rolle kommt der SPD bzw. der DL21 dabei zu?

DL21

#leftlessons

Das Kriegshandwerk verlernen

Die Utopie einer Welt, in der die Menschheit verlernt, Waffen herzustellen, begleitet uns bereits seit über zwei Jahrtausenden. Schon im Alten Testament findet sich folgende Passage: *„Denn von Zion wird Weisung ausgehen und des Herrn Wort von Jerusalem. Er wird unter großen Völkern richten und viele Heiden zurechtweisen in fernen Ländern. Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Kein Volk wird gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden fortan nicht mehr lernen, Krieg zu führen. Ein jeder wird unter seinem Weinstock und Feigenbaum wohnen, und niemand wird sie schrecken. Denn der Mund des Herrn Zebaoth hat es geredet.“* (Micha IV, 3-4, LUT)

Ebenso lange wird der Zusammenhang von kriegerischer Gewalt mit der ausbeuterischen Herrschaft Weniger über die Vielen thematisiert.

Eine große Renaissance erfährt diese Vorstellung in Folge der Aufklärung, der Französischen Revolution und der Verheerungen, die die Auseinandersetzungen zwischen den Feudalmächten und Napoleons Armeen in Europa anrichteten. Diese Friedensutopie hatte vor allem Anhänger*innen unter ethisch motivierten Intellektuellen. Einer der progressivsten, Heinrich Heine, löst die biblische Idee vom göttlichen Machtwort und verband sie mit revolutionärer Befreiung: *„Wenn wir es dahin bringen, dass die große Menge die Gegenwart versteht, so lassen die Völker sich nicht mehr von den Lohnschreibern der Aristokratie zu Hass und Krieg verhetzen, das große Völkerbündnis, die Heilige Allianz der Nationen, kommt zustande, wir brauchen aus wechselseitigem Misstrauen keine Stehenden Heere von vielen hunderttausend Mördern mehr zu füttern, wir benutzen zum Pflug ihre Schwerter und Rosse und wir erlangen Friede und Wohlstand und Freiheit.“* (Vorrede zu den „Französischen Zuständen“, 1832).

Die Arbeiterbewegung erblühte bald darauf. Ihrer Zeit getreu ging sie aber zunächst von dem Recht aller Nationen, Krieg zu führen und dafür auch stehende Heere zu unterhalten, aus. Marx und Engels befassten sich intensiv theoretisch und praktisch mit Fragen der militärischen Strategie im Kampf zwischen bürgerlich-emanzipatorischer Bewegung und feudaler Reaktion. So wurde es in der Arbeiterbewegung zwar verbreitete Auffassung, dass die Armeen zu Volksheeren auszuweiten und zu demokratisieren seien. Der preußische Pickelhauben-Militarismus zog Spott auf sich. „Proletarier, vereinigt Euch!“ wurde die verbreitete Parole. Jedoch erwartete man die Möglichkeit, die kommende Revolution bewaffnet verteidigen zu müssen und zu können.



DL21

#leftlessons

Vor allem waren für die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts die Kämpfe für Brot und Würde, Arbeitssicherheit, Sozialschutz und gleiches Wahlrecht wesentlich dominanter als eine tiefgehende Auseinandersetzung mit Militarismus und den Rüstungsanstrengung in Preußen.

Erst die finale Reichsgründung 1870 und die blutige Zerschlagung der Pariser Commune 1871 sowie der aufkommende deutsche Imperialismus veranlassten die Vordenker der Arbeiterbewegung zu einer – umkämpften – Schwerpunktverschiebung. Es war zuerst Friedrich Engels, der weitsichtig 1887 vor einem vernichtenden Weltkrieg warnte und einen Strategiewechsel für notwendig hielt, wie er 1892 in einem Brief an Paul Lafargue aus Erschütterung über Zeitungsberichte von der Wirkung neuer Geschosse in einem französischen Kolonialkrieg schrieb: *„Die Ära der Barrikaden und Straßenschlachten ist für immer vorüber; wenn sich die Truppe schlägt, wird der Widerstand Wahnsinn. Also ist man verpflichtet, eine neue revolutionäre Taktik zu finden. Ich habe seit einiger Zeit darüber nachgedacht, bin aber noch zu keinem Ergebnis gekommen.“* Im „Vorwärts“ wird angesichts solcher Diskussionen 1893 exemplarisch eine Annäherung an die bürgerliche Friedensbewegung vollzogen, als er einen Vorabdruck von Bertha von Suttners „Die Waffen nieder!“ und dann Engels Aufsatz „Kann Europa Abrüsten?“ veröffentlicht, in dem eine politische Strategie der europäischen Abrüstung diskutiert wird – allerdings noch immer mit der Perspektive einer Volksbewaffnung verbunden.

Es muss deshalb nicht Wunder nehmen, dass – obgleich die Arbeiterbewegung immer stärker vor der imperialistischen Kriegsgefahr warnte und ihre Intellektuellen sich mit dem Zusammenhang von Kapitalismus, Imperialismus und militaristischem Drill mit wachsender analytischer Schärfe auseinandersetzten –, der durchaus massenhafte Widerstand der deutschen Sozialdemokratie gegen den Ersten Weltkrieg am Tag seines Beginns zusammenbrach. Die Reichstagsfraktion stimmte 1914 den Kriegskrediten und damit dem Krieg zu.

Die Gewerkschaftsführer vom rechten Flügel der SPD hatten sich für Verbesserungen im Arbeitsleben und für das vage Versprechen einer konstitutionellen Umwandlung der Monarchie den herrschenden Eliten zum Kriegführen angedient.

Zwar war die Kriegsfurcht und Ablehnung in der Arbeiterschaft groß, aber die kritische Einsicht in die sozioökonomischen Zusammenhänge von Krieg und kapitalistischer Ausbeutung unzureichend und vor allem: alle wurden einer jahrzehntelangen militaristischen, nationalistischen und rassistischen Propaganda ausgesetzt. Die sozialdemokratischen



DL21

#leftlessons

Antimilitarist*innen waren permanent polizeilich verfolgt. Die mit Kriegsbeginn zum rasenden Dauergeräusch gesteigerte Kriegshetzte fand in dieser Lage nicht nur bei Teilen der Arbeiterführer Widerhall, sondern auch in breiteren Teilen der Arbeiter*innenschaft – und sei es nur, weil sie nicht als „vaterlandslose Geselle“ gelten wollten.

Schon vor dem Krieg hatte dies dazu geführt, dass gerade in der Rüstungsindustrie wenig gestreikt wurde; der Arbeitskampf wurde überwiegend im zivil-industriellen Bereich ausgetragen. Allerdings: Die Rüstungsindustrie „gebar“ auch hochqualifizierte Arbeiter, die durch die Arbeiterbewegung wiederum politisch geschult waren. Wegen ihrer technischen Qualifikation wurden viele in der anspruchsvollen Marine eingesetzt. Solche finden sich unter den Matrosen, die nach den ernüchternden Erfahrungen des Krieges fähig und selbstbewusst waren, eine Revolution zu beginnen, um den Frieden zu erzwingen.

Zwischen den Kriegen

Diese Vorgeschichte demonstriert, dass die Vorstellung, der Friedenswille sei der Arbeiterbewegung in die Wiege gelegt, naiv ist. Erst der „revolutionäre Pazifismus“ im und nach dem Ersten Weltkrieg brachte grundlegendere Überlegungen hervor, wie und warum eine demokratisierte, rein zivile Produktion uneingeschränkt im Lebensinteresse der abhängig Beschäftigten ist.

Lenins Initiative für eine friedliche Koexistenz des sozialistischen Russlands und der kapitalistischen Weimarer Republik (Vertrag von Rapallo, 1922) schaffte dafür einen Rahmen in der internationalen Politik, während in „Weimar“ besonders in Literatur und Kunst diese neuen Lehren auch für die Masse der Bevölkerung (z.B. in Erich Maria Remarques Anti-Kriegs-Roman „Im Westen nichts Neues“ oder Arnold Zweigs „Erziehung von Verdun“, Heinrich Manns „Der Untertan“) sowie in den Schriften der Weltbühne oder der „Arbeiter Illustrierten Zeitung“ massenhaft verbreitet wurden. Vor dem Hintergrund von Inflation, Wirtschaftskrise und Austeritätspolitik gelang es aber den Stahlmagnaten und reaktionären Eliten mit dem Hitler-Faschismus einen eine modifizierte Form des Keynesianismus zu etablieren, der erneut soziale Verelendung der erwerbsabhängigen Massen ausnutzte und bis in den Zweiten Weltkrieg hinein eine exorbitante Ausweitung und Produktivitätssteigerung der Rüstungsproduktion ohne durchgreifende Gegenwehr der deutschen Arbeiter*innen bewirkte.



DL21

#leftlessons

Demilitarisierung und Remilitarisierung

So beginnt die Geschichte systematischer Rüstungskonversion in Deutschland erst mit der totalen Niederlage des „Dritten Reiches“ sowie mit dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Beides demonstrierte, dass zum Krieg zu rüsten und ihn zu führen, von nun an aus der Geschichte der Menschheit ausgeschlossen werden muss. „Nie wieder Krieg!“ musste gerade in Deutschland auch „Nie wieder Rüstung!“ bedeuten. Die infolge des Potsdamer Abkommens zügig realisierte Demilitarisierung der Industrie und dann rasche Erholung der Produktionskapazitäten beweist bis heute, dass dies möglich ist. Nicht allein die populäre Umwidmung von Gasmasken zu Milchkannen ist Zeichen dessen, sondern der rasante Aufstieg der Automobilindustrie in nahezu allen zuvor kriegführenden Nationen, ist nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass demobilisierte Soldaten wieder Arbeitskräfte wurden und die Produktionskapazitäten zügig umgestellt werden konnten. So wurden in Großbritannien 9 Millionen Arbeitsplätze binnen 12 Monaten geschaffen und in den USA nahezu 10 Millionen Soldaten demobilisiert.ⁱⁱ

Damit die Bundesrepublik Deutschland nach dem Scheitern der sowjetischen Initiative für ein neutrales, demilitarisiertes, geeintes Deutschland 1951 („Stalin Note“) endgültig in das westliche Bündnis (EWG und NATO) integriert würde und sich auch an den Kriegen des westlichen Bündnisses (Korea-Krieg) indirekt beteilige, ermöglichten die westlichen Alliierten die Wiederaufrüstung und damit auch die Erneuerung der deutschen Rüstungsproduktion und die Wiederbewaffnung.

Der Kampf für Rüstungskonversion in den 1970er und 1980er Jahren

So war es erst die ökonomische Krise der 1970er Jahre, die international eine neue Diskussion und Praxis der Rüstungskonversionsbemühungen ins Werk setzte. Als Auslöser hierfür können Faktoren gelten, die mit der gegenwärtigen Lage sehr verwandt sind:

- 1) Krise des Exportmodells,
- 2) neuer Schub der Automatisierung und Rationalisierung,
- 3) infolgedessen wachsender Druck zum Arbeitsplatzabbau,

DL21

#leftlessons

- 4) Entwicklungen in Wissenschaft und Gesellschaft, die einen nachhaltigen Umbau der Ökonomien zu ziviler und ökologisch-sozialer Produktion fordern, weil sich die Erkenntnisse um die existenzielle ökologische Gefährdung der planetarischen Zivilisation durchsetzen.

In den 1970er Jahren erregte nicht nur in gewerkschaftlichen Kreisen der Kampf der Arbeiter bei der britischen Firma *Lucas Aerospace* Aufsehen. Die Labour-Regierung hatte eine erfreuliche Absenkung der Rüstungsausgaben um 25 % (!) beschlossen. Die Arbeiter fürchteten um ihre Arbeitsplätze und entwickelten einen „Corporate Plan“, um dem Management zu beweisen, dass eine Produktumstellung von militärisch auf zivil gut und effizient möglich sei. Sie entwickelten dafür eine Produktpalette von Angeboten (u.a. zur nachhaltigen Energiegewinnung) und lieferten in Kooperation mit Wissenschaftler*innen Marktstudien, die eine Nachfrage für diese neuen Produkte belegten. Am Ende haben sie diese Konversion zwar nicht durchsetzen können, jedoch erzielten sie ein so hohes Maß an Öffentlichkeit und Unterstützung für ihr Engagement, dass die Arbeitsplätze erhalten blieben. Fast alle der von ihnen lancierten Produktideen wurden kurze Zeit danach in die Herstellung genommen – wenn auch nicht bei *Lucas Aerospace*.ⁱⁱⁱ

Dieses Beispiel machte Schule, in der BRD, in der Ende der 1980er Jahre etwa 250.000 Beschäftigte in der Rüstungsindustrie tätig waren, sind besonders im norddeutschen Raum etliche Initiativen dieser Art, zunehmend auch mit Unterstützung des IGM-Vorstandes und der Hans-Böckler-Stiftung sowie aus zahlreichen wissenschaftlichen Zusammenhängen, entstanden. Mit am bekanntesten ist sicher der AK „Alternative Fertigung“ des Vertrauenskörpers auf der Hamburger Werft „Blohm & Voss“, die auf eine mittlerweile über 100jährige (Rüstungs-)Geschichte zurückblickt und die nicht nur in den U-Boot- und Fregattenbau, sondern auch in die Fertigung von Wannen für Kampfpanzer der Bundeswehr involviert ist.

Nachdem 1981/82 auf der HDW-Werft gestreikt wurde, um die Auslieferung zweier U-Boote an die neoliberale Militärdiktatur Augusto Pinochets zu erzwingen (!), diskutierten die Kolleg*innen, wie mit dieser Lage umzugehen sei. „Wir Vertrauensleute von Blohm & Voss wollen nicht vor diese Alternative gestellt werden, für ein Militärregime, in dem Gewerkschafter unterdrückt werden, streiken zu müssen, um entsprechende Aufträge hier abwickeln zu können“, sagte Gerd Taschenberger, einer der Mitbegründer des Arbeitskreises. Ziele des AKs waren:

DL21

#leftlessons

- mittelfristig die Abhängigkeit der Werft von der Rüstungsproduktion zu verringern,
- Arbeitsplätze auf der Werft zu sichern,
- gesellschaftlich sinnvolle Alternativprodukte zu finden,
- den Nachweis zu erbringen, dass diese zivilen Produkte auch bei B & V gefertigt werden können,
- auch die Methoden anzusprechen, mit denen produziert wird,
- die betriebliche Mitbestimmung zu verbessern.

In der Grundsatzklärung des Arbeitskreises werden die Gründe für diese Initiative aus gewerkschaftlicher Sicht zusammengefasst:

„Die Gewerkschaften haben sich immer zu antimilitaristischen und friedenspolitischen Zielen bekannt. Ihre Aufgabe ist es daher, auf der einen Seite zu Entspannung und Abrüstung beizutragen, auf der anderen Seite aber auch die Arbeitsplatzsicherheit der direkt betroffenen Kolleginnen und Kollegen in der Rüstungsindustrie zu beachten. Die Arbeitsplatzsicherung und die Wiederbeschäftigung der arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen bekommt vor dem Hintergrund von 1,7 Millionen Arbeitslosen (mit steigender Tendenz) einen zentralen Stellenwert gewerkschaftlicher Politik.

(...)

Blohm & Voss hat in den letzten Jahren den Anteil der Rüstungsproduktion an der Gesamtfertigung extrem ausgedehnt (z. Z. 70% des Umsatzes durch 50% der Belegschaft). Dabei täuschen die kurzfristigen und auf den eigenen Betrieb beschränkten arbeitsplatzerhaltenden Effekte über die mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen negativen Auswirkungen hinweg.

Arbeitsplätze im Rüstungsbereich sind aus folgenden Gründen unsicher:

- *Sie hängen extrem von kurzfristigen politischen Entscheidungen ab. Besonders im Exportbereich können Aufträge von heute auf morgen gestoppt werden, zum Beispiel*

DL21

#leftlessons

die U-Boote für Chile und den Iran bei HDW, aber auch das Fregattenprogramm der Bundeswehr.

- *Sie unterliegen starken Schwankungen, da die ungleichmäßige Auftragslage im Land und die instabilen internationalen Märkte immer wieder zu erheblichen Beschäftigungsschwankungen in praktisch allen Bereichen der Rüstungsindustrie führen.*
- *Investitionen im Rüstungsbereich schaffen weniger Arbeitsplätze als in allen anderen Bereichen.*
- *Zusätzlich gefährdet Rüstungsproduktion Arbeitsplätze im zivilen Bereich, da durch Rüstung Mittel gebunden werden, die für notwendige Produkte im zivilen Bereich nicht mehr zur Verfügung stehen.*

Neben den Arbeitsplatz-Erhalten-Überlegungen spielen aber auch soziale und moralische Aspekte eine Rolle:

- *Staatliche Rüstungsausgaben wirken sich zwangsläufig – und aktuell besonders deutlich – zulasten der Sozialausgaben aus.*
- *Rüstungsproduktion wirkt sich inflationär und damit Reallohn senkend aus. Die für Rüstung ausgegebenen Gelder zirkulieren weiter, während die hergestellten Produkte nicht im wirtschaftlichen Kreislauf erscheinen.*
- *Den Rüstungsausgaben von über eine Billion DM in der Welt stehen die jährlichen 50 Millionen verhungerten Menschen gegenüber.*
- *Rüstungsausgaben von Ländern der Dritten Welt erhöhen durch Fehlleitung der finanziellen Mittel die sozialen Spannungen in diesen Ländern.*
- *Erhöhtes Rüstungsniveau macht Kriege wahrscheinlicher, da das Risiko eines Krieges geringer erscheint.*
- *Es kann uns als Gewerkschafter nicht gleichgültig sein, wenn bei uns produzierte Waffen in den Empfängerländern zur Unterdrückung von Arbeitnehmern und Gewerkschaftern benutzt werden, zum Beispiel in der Türkei.^{4iv}*

Diese Stellungnahme hätte mit leicht veränderten Daten heute genauso Gültigkeit.



DL21

#leftlessons

Besonders bemerkenswert ist hier das volkswirtschaftliche Argument, dass Rüstungsproduktion einzelwirtschaftlich zwar gewinnbringend ist. Das liegt daran, dass es staatlich garantierte Aufträge gibt, die einen relativ hohen Profit garantieren, und zugleich Rüstungsbetriebe im Verhältnis zu anderem produzierenden Gewerbe daher meist mit sehr niedrigen Eigenkapitaleinlagen arbeiten, sodass die Rendite besonders hoch ausfällt.

Auf der anderen Seite ist sie gesamtwirtschaftlich grundsätzlich schädlich, denn sie birgt eine Tendenz zur Inflation/Reallohnsenkung – die übrigens nach beiden Weltkriegen verheerend zum Ausbruch gekommen ist. Der Verschleiß an menschlichen, intellektuellen und materiellen Ressourcen wiegt heute wahrscheinlich noch schwerer, denn wer will heute noch bestreiten, dass wir mit unseren Rohstoffen und Qualifikationen nicht mehr zulasten von Umwelt und Menschheit verschwenderisch umgehen können?

Ärgerlich und gleichzeitig ermutigend ist, dass sich an allen historischen Beispielen für Arbeiterkämpfe für Konversion ablesen lässt, dass es eine ungeheure Qualität und Kreativität in der Entwicklung von sozialen und ökologisch nachhaltigen Produkten gab (und gibt). Von der Entwicklung von Blockheizkraftwerken, Windenergieanlagen, Rotoren für den Windantrieb von großen Schiffen über Vorschläge für einen überwiegend schienengestützten Güterverkehr bis hin zu technischen Hilfen für körperlich versehrte Menschen ist nicht nur viel erfunden worden, sondern sehr vieles davon hat längst – allerdings deformiert – Eingang in die weitere Erforschung, Entwicklung und kapitalistische Produktion gefunden.^{vi}

Widerständen und Widersprüche

Wenn diese Produkte so erfolgreich sind – warum haben die Manager und Shareholder denn die vielen guten Vorschläge nicht dankend angenommen?

Das hat den simplen machtpolitischen Grund, dass diese Initiativen für eine Produktion „von der Mehrheit für die Mehrheit“ beweisen, dass es dieser sogenannten Geld- und Befehls-Eliten in letzter Konsequenz nicht bedarf, diese das aber nicht einsehen mögen.

Die Forderung nach Konversion bedeutet, dass die Beschäftigten sich beimessen, zu bestimmen was produziert wird. Und nicht nur das. Sie wollen im selben Atemzug auch mitentscheiden, wofür und wie produziert wird!

DL21

#leftlessons

Für gemeinnützige Zwecke, zur Schaffung sinnvoller Gebrauchswerte, mit staatlich oder kommunal hergestellter Nachfrage, Beschäftigungsplänen etc. – dies sind alles Vorstellungen von gesamtgesellschaftlich demokratischer Wirtschaftslenkung oder zumindest Rahmensetzung, die mit dem reinen kurzfristigen Profitziel des Shareholders und seiner Boni gesättigten Manager schwer in Einklang zu bringen sind.

Eine reformpolitische Aufgabe der Konversionsbewegung besteht also darin, einen Ausgleich zwischen gesamtgesellschaftlichen und einzelwirtschaftlichen Ansprüchen herzustellen.

Mit der (Mit-)Bestimmung der Beschäftigten über das „Was? Wie? Und Wofür?“ der Produktion ist außerdem das Direktionsrecht der Unternehmensleitung, das private Kommando über die Arbeit, in Frage gestellt. Hier tritt Demokratie durch die Werkstore ein.

Damit dies in Zukunft gelingt, ist eine gesetzliche Ausweitung der Mitbestimmung dringend anzustreben. (vgl. LeftLesson Staffel I Nr. 5 mit Dierk Hirschel – „Was ist Wirtschaftsdemokratie?“)

Der historische Durchgang mag verdeutlichen, dass es keine neue negative Wendung ist, wenn beispielsweise aus der IGM oder IG BCE Stimmen zu hören sind, die einen öko-sozialen Strukturwandel oder eine Rüstungskonversion zwar allgemein befürworten, dann aber im Konkreten regelmäßig abzulehnen scheinen. Dies liegt nicht an einer mangelnden Moralität der Arbeitnehmer*innen, sondern daran, dass es aktuell noch nicht hinreichend gelingt, die gesellschaftliche Konfliktfähigkeit, die für so eine Umstellung nötig sind, mutig herauszubilden.

Arbeitnehmer*innen befürchten nicht grundlos, dass mit sinkender Nachfrage nach z.B. Fregatten oder Autos ihre soziale Zukunft zerstört wird. Sie erfahren ihre gesellschaftliche Bedeutung in der Produktion; die Bedeutung muss also erhalten bleiben oder sogar steigen, um sie für die Sache zu gewinnen. Wenn von „Umqualifizierung“ die Rede ist, fürchten sie, dass ihre Arbeitskraft entwertet wird. Außerdem gilt heute fast noch wie in den 1980er Jahren, dass „Alternative Produktion“ manchen nach Jute-Beutel und Mittelalter klingt und nicht nach der hochtechnologischen Innovation, die gemeint und erforderlich ist.

Eine demokratische, soziale, zivile, nachhaltige Produktion heißt: Emanzipation in der Arbeit. Damit werden auch medial massiv propagierte Leitbilder der Alltagskultur von Stärke, Militanz, automobiler „Freiheit“ und Maskulinität, vom gut sorgenden Unternehmer, Erfüllung



DL21

#leftlessons

im privaten Glück oder der humanitären militärischen Intervention in Frage gestellt. Das muss auch sein, denn diese „Kultur“ ist der innere Kitt einer Gesellschaft, die auf imperialistische Standortkonkurrenz getrimmt wird.

Solche subkutan verabreichten „Ideale“ werden von nicht geringen Teilen der Belegschaften kulturell mitvertreten und sind vermeintlich „weiche“, aber sehr ernstzunehmende Hindernisse einer emanzipatorischen Hinwirkung der Beschäftigten auf einen nachhaltigen Strukturwandel. Erforderlich ist also auch eine massive kulturkritische Initiative und politische Bildungsarbeit, um Solidarität und Selbstbewusstsein in der Arbeit für eine wesentlich besseres gesellschaftliches Zusammenleben und -wirken zu stärken.

Nicht unterschätzt werden sollte auch, dass die Rüstungsindustrie sich die Zustimmung ihrer Belegschaften zu Arbeitsweise und Produkten etwas kosten lässt. Die Löhne und Gehälter sowie die betriebliche Sicherung sind besonders hoch und durchaus als eine Art Blutgeld interpretierbar, obgleich sie selbstverständlich niemals gezahlt würden, wenn Kolleg*innen diese nicht solidarisch und gerade auch mit Blick auf zivile und nachhaltige Alternativen erkämpft hätten (s. das Beispiel von Lucas Aerospace).

Konversion ist eine gesellschaftliche Gesamtaufgabe, die von industriepolitischen Rahmenplänen bis zur innerbetrieblichen und gesellschaftlichen Kulturarbeit alles erfasst.

Jetzt ist die richtige Stunde!

Noch nie sind so viele Faktoren zusammengetroffen, die eine umfassende Konversion der industriellen Produktion von Krieg zu Frieden und damit auch von fossiler Verschwendung zu nachhaltiger Entwicklung möglich und notwendig gemacht hätten, wie heute:

Dass der CO₂-Ausstoß rasant minimiert werden muss und die Kriege beendet gehören, sind global unabweisliche Tatsachen, die zunehmend in das Bewusstsein der Bevölkerungen dringen und die Regierenden unter Druck setzen.

Die Beispiele aus den 1980er Jahren zeigen, dass die Menschheit auf diesem Wege 30 Jahre gefährlich verplempert hat, aber auch, dass vieles aufgegriffen und aktualisiert werden kann.



DL21

#leftlessons

Die offenkundige Wirtschafts-, Klima-, Gesundheits- und Gerechtigkeitskrise steigert nicht nur die Akzeptanz von staatlichen Interventionen in das wirtschaftliche Leben, sondern auch für staatliche Investitionen.

Die enormen Investitionsmittel, die jetzt mobilisiert werden müssen, um die Verheerungen der Austerität und Krise zu kompensieren, können mit einer staatlichen Rahmenplanung für eine umfassende Konversion (zivil, sozial und nachhaltig) verbunden werden.

Es ist für die meisten ersichtlich und auch gemeinsame Position mit den Gewerkschaften, dass die derzeitigen jährlichen Rüstungsausgaben in Höhe von 53 Mrd. Euro zu hoch sind und diese Mittel künftig in nachhaltige Arbeit, Gesundheit, Pflege, Soziales, Bildung und Kultur gelenkt werden müssen. Die Friedensbewegung führt gemeinsam mit den Gewerkschaften dafür die Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten!“ durch, die immer breitere Unterstützung erfährt.

Aufgrund von Rationalisierungen, aber auch wegen des Drucks der Öffentlichkeit ist die Zahl der Beschäftigten in der Rüstungsindustrie – die immer umstritten ist – nicht mehr höher als mit 100.000 zu veranschlagen, wovon nur ein Bruchteil direkt an den Produkten arbeitet, die zu verändern sind.

Die Qualifikation der Arbeitnehmer*innen in den einschlägigen Branchen hat ein nie dagewesenes Niveau, das zur selbständigen Entwicklung und Koordination der Arbeit, aber auch zur Produktfolgeabschätzung befähigt.

Die Belegschaften sind wesentlich internationaler zusammengesetzt als vor 30 Jahren. Das politisiert und stärkt bei kluger Initiative den Internationalismus.

Die Frage, wie jenseits der unmittelbaren Arbeit das Leben gut zu leben ist – unter vernünftigen gesellschaftlichen und Umweltbedingungen, mit Muße, Bildung/Kultur, guter Gesundheit und einer erheblichen Lebensdauer – spielt im Bewusstsein der Arbeitnehmer*innen eine wachsende Rolle.

Das sind insgesamt gute Bedingungen für eine Konversionskampagne.

Hans-Jürgen Urban aus dem Vorstand der IG Metall formuliert, die Gewerkschaften müssten sich strategisch mit drei Kreisläufen befassen: Reproduktion der Arbeitskraft, Reproduktion der Gesellschaft und Reproduktion der Umwelt. *„Alle drei Kreisläufe sind höchst relevant, ja essenziell. Es geht um ein neues Wachstums- und Entwicklungsmodell, dass sich von*

DL21

#leftlessons

kapitalistischen Akkumulationsimperativen befreit, gesellschaftlich und nach demokratischen Spielregeln über Wachstums- und Rückbaufelder entscheidet und zugleich die sozialen und kulturellen Lebensinteressen jener schützt, die zu Verlierer:innen des notwendigen sozial-ökologischen Umbaus werden könnten. (...) Gefragt ist also eine reflektierte Bündnis-Toleranz. Natürlich darf diese Toleranz das Ziel der sozial-ökologischen Transformation und des Übergangs zu einem neuen Wachstums- und Entwicklungsmodell nicht konterkarieren. Dann verlöre die Allianz Identität, Sinn und Berechtigung. Angesichts der notwendigen Gegenmacht, ohne die eine sozial-ökologische Transformation nicht gelingen kann, wäre das fatal.^{“vii}

Die Zurückdrängung der Produktion für das organisierte Töten zielt auf einen gerechten Frieden, in dem alle Menschen eine nützliche Rolle in der Gesellschaft wahrnehmen und der Planet bewohnbar bleibt. Der Kampf um Rüstungskonversion enthält deshalb viele Vorbilder für heute und einen Wegweiser für ein bess'eres Morgen.

ⁱ Brief vom 3. 11. 1892, MEW 38, S. 504 f.

ⁱⁱ Generalsekretär des IMB fordert die Schaffung von Ministerien für Rüstungsumstellung in den Industrieländern; IMB-Pressedienst vom 22. Februar 1983; zitiert nach: Klaus Mehrens (Hrsg.): Alternative Rüstungsproduktion, Köln 1985, S. 119 f.

ⁱⁱⁱ Gyorgy Szell: Rüstungskonversion als Friedensstrategie; in: Selbstverwaltung, Beiträge zu einer alternativen sozialistischen Politik, 2/3 1984, S. 27-33.

^{iv} Peter Wilke: Alternative Produktion – Zu den Erfahrungen des Arbeitskreises bei Blohm & Voss; in: Klaus Mehrens (Hrsg.): Alternative Rüstungsproduktion, Köln 1985, S. 91 ff.

^v Beispiele gelungener Konversion aus den 1990er Jahren bei: Wolfram Elsner. Rüstungskonversion heute, Bremen 2006.

^{vi} Übersicht über die „Arbeitskreise Alternative Produktion“ in der BRD Anfang der 1980er Jahre bei: Edmund Möller: Arbeitskreise Alternative Produktion; in: Klaus Mehrens (Hrsg.): Alternative Rüstungsproduktion, Köln 1985, S. 113 – 119.

^{vii} Hans-Jürgen Urban: Transformation als Bewährungsprobe; in: Sozialismus 9/2020, S. 5.